

Aus der Krise können wir uns nur selbst befreien

Referat von Janis Ehling bei der Hamburger Strategiekonferenz am 10. April 2022

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 24. Februar habe ich etwas gefühlt, was ich bislang nur aus Filmen über den Kalten Krieg kannte: die Angst vor einem Atomkrieg. Mein erster Impuls war die Stadt zu verlassen und mich auf dem Dorf in Sicherheit zu bringen. Ich habe es dann gelassen und kann mir nicht mal im Ansatz vorstellen, wie sich die Menschen in der Ukraine seit dem 24. Februar fühlen müssen.

Seit diesem Februartag wütet die russische Armee im zweitgrößten Flächenland Europas. In der Ukraine leben 44 Millionen Menschen. Das ist ein Zehntel der gesamten Bevölkerung der EU. Millionen Menschen sind auf der Flucht, Tausende Tod oder verwundet. Der Donbas, in dem der Krieg gerade am schlimmsten wütet, ist eine der bevölkerungsreichsten Regionen der Ukraine. Putins Angriff hat ein Land in Trümmer gelegt.

In Deutschland ist nun von einer „Zeitenwende“ die Rede. Mit einem Federstrich und ohne Absprache mit der eigenen Fraktion verkündete Bundeskanzler Olaf Scholz unter Jubel im Bundestag ein gigantisches Aufrüstungspaket. Damit auch künftige Regierungen an der Aufrüstung Deutschlands nichts mehr ändern können, soll diese Aufrüstung im Grundgesetz fixiert werden. Deutschland soll offenbar wieder eine Führungsmacht werden – auch militärisch.

In dieser Situation, wo es so dringend eine linke Kraft im Land bräuchte, ist unsere Partei in desolatem Zustand. Das sage hier in aller Deutlichkeit: Die 4,9 % im letzten September waren fast das Ende unserer Partei als relevante Kraft im Land! Und die 4,9 % waren noch Glück im Unglück. Ich hatte in den Tagen vor der Wahl sogar schlimmeres befürchtet.

Unsere Partei hat sich als wichtige Kraft scheinbar erschöpft, aber warum?

Wir waren die Partei gegen den Irak-Krieg, wir waren die Partei gegen den Afghanistan-Krieg.

Wir haben immer gesagt, dass der Krieg in Afghanistan zu nichts führt außer Tod und Leid. Heute liegt Afghanistan in Trümmern, hunderttausende sind gestorben und die Machthaber sind die gleichen wie vor 20 Jahren.

Wir waren die Partei gegen die Agenda 2010. Wir haben immer gesagt, dass diese Agenda nichts bringt außer Reiche reicher zu machen und alle anderen ärmer. Heute hat Deutschland den größten Niedriglohnsektor Europas.

Wir waren die Partei, die als einzige darauf hinwies, dass das die Märkte nicht effizienter und Privatisierungen nicht besser sind als der Staat. Das war bei den Wohnungsbaugenossenschaften so, das war bei den Krankenhäusern so und das ist auch noch so!

Wir waren die einzige Partei für eine Bürgerversicherung. Auch ich bin jetzt in dem Alter wo es hier und da mal zwickt und im letzten Jahr hatte ich mal etwas ernsthafteres. Es hat drei Monate gedauert bis ich eine Diagnose bekommen habe. Warum? Weil ich gesetzlich krankenversichert bin.

Wir hatten mit all dem Recht! Wir waren stolz die erste sozialistische Partei links von der SPD zu sein. Aber liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir mit allem Recht hatten und mit all diesen Punkten auch noch Recht haben, wo liegt dann unser Problem?

Seit 2009 gibt es keine große, breite genuin soziale Bewegung mehr im Land. Die Proteste gegen Hartz IV sind lange vorbei. Die Proteste gegen den Krieg im Irak und Afghanistan sind lange vorbei. Wir wurden getragen von vielen unzufriedenen SPDlern, vielen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern und – nicht vergessen - den vielen Unzufriedenen im Land. All das ist gerade kaum noch der Fall. Eine Linkspartei ohne große soziale Mobilisierungen im Land ist wie ein Flugzeug, das den Wind unter den Tragflächen verloren hat. Es sackt ab.

Die Grünen und die SPD sind zudem nicht mehr auf offen neoliberal. Zumindest in der SPD gab es eine leichte Bewegung nach links.

(Zwischenrufe und Widerspruch im Publikum) ...

Kurze Antwort: Das bedeutet nicht, dass der Neoliberalismus insgesamt vorbei ist es tief in die Institutionen eingeschrieben wie zum Beispiel die Schuldnerbremse. Und nicht alles ist Neoliberalismus, ganz viel in unserer Gesellschaft ist stinknormaler Kapitalismus.

....

Horst Kahrs hat darauf hingewiesen, dass die traditionellen SPD-Wählerinnen und -Wähler, die unsere Parteien 2009 gewählt haben, mittlerweile fast alle wieder zurück zur SPD gegangen sind. Viele Protestwählerinnen und Protestwähler, die uns 2009 gewählt haben, haben mit der AfD 2013 ein passenderes Angebot bekommen. Nach 2012-2017 haben wir in der Zeit sozialer Mobilisierungslücken dagegen Jüngere erreicht, dazu viele Menschen die in Sozialberufen arbeiten und natürlich auch viele Akademikerinnen und Akademiker - vor allem aus den Städten. Diese neuen Wählerinnen und Wähler haben sich aber bei der letzten Bundestagswahl wieder für SPD und Grüne entschieden.

Und ihr wisst es: der Teufel schießt immer auf den größten Haufen.

Die Situation ist umso schwieriger, weil uns der Osten diesmal nicht retten wird. Im LINKE-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern sind 30 % unserer Mitglieder über 80. In der größten Stadt Rostock sogar fast 40 %. 40 % (!) über 80 Jahre. Unsere Basis im Osten kommt buchstäblich nicht mehr die Leitern hoch, schlimmer noch, die gesellschaftliche Verankerung bricht uns mit diesen sehr aktiven Genossinnen und Genossen weg. Gleichzeitig hat die Partei im Osten vielerorts keinen Nachwuchs. In Mecklenburg-Vorpommern sind nur 15% unserer Mitglieder unter 50. Der Osten bricht weg. Die PDS war als Partei ein Generationenprojekt und dieses Projekt kommt jetzt an sein Ende.

Übrigens, nur auf die Probleme im Osten verweisen führt ebenfalls zu nichts: Auch hier im Westen verlieren wir die Gründergeneration. Und fast alle der Westlinken sind in anderen Organisationen ausgebildet und sozialisiert worden. Wo ist in den letzten Jahren auch hier im Westen die politische und handwerkliche Ausbildung von Neumitgliedern geblieben? Wir haben sie schleifen gelassen. Ost und West sind in dieser Frage vereint.

Dazu leisten wir uns seit Jahren einen absurden Führungsstreit. Zu jedem wichtigen Thema gibt es bei uns in der Partei mindestens zwei Meinungen. Das war bei dem Thema Migration so, das war bei dem Verhältnis zu den Emanzipationsbewegungen gegen rechts, Metoo und unteilbar so und jetzt haben wir dasselbe Problem beim Klimawandel. Daran waren wir hier natürlich alle im Saal unschuldig. Ich natürlich auch, denn ich habe - wie alle hier - immer die richtige Seite vertreten.

Gesellschaftlich ist bei so einem Auftritt jedenfalls unklar wofür unsere Partei steht. All das hat zum Ergebnis der Bundestagswahl im letzten Jahr geführt. Das sind die Gründe für die 4,9 %.

Und 2009 kommt nicht zurück. Wir haben sehr viel Richtiges in unserer Programmatik und vieles davon ist noch aktuell. Aber,

(Zwischenrufe: „aber, aber“)

... wie Marx sagt: wir machen Politik nie unter frei gewählten Umständen, sondern unter Umständen, die uns die Herrschenden und die Situation diktieren. Insofern müssen wir manches an die Zeit anpassen.

Nach der NRW-Wahl werden wir sehen, ob es ausreicht was Partei und Fraktion seit dem desaströsen Bundestagswahlergebnis gemacht haben und ob das die Beibehaltung allen Personals rechtfertigt.

Bei allem Frust und bei aller Resignation möchte ich euch aber bitten unsere Partei nicht kleiner zu reden als sie ist: Gerade in Zeiten in denen (Neo-)Liberalismus und Rechtspopulismus politisch um die Vorherrschaft ringen, ist eine linke Partei umso wichtiger. Schon die Existenz einer linken Partei verändert gesellschaftliche Debatten fundamental. Die Auswirkung des Fehlens einer linken Partei lassen sich in Italien und weiten Teilen Osteuropas zur Genüge begutachten. Das steht unsozial liberal gegen menschenverachtend rechts. Eine politische Alternative für die Mehrheit fehlt dort.

Denn ich sage euch auch eines ganz deutlich: unsere Situation in diesem Jahr ist weit einfacher als im letzten. 2021 war eine Kanzlerwahl. Die reinen Wahlprogramme von SPD und Grünen waren ehrlicherweise nicht schlecht und wenn wir ganz ehrlich miteinander sind - würden SPD und Grüne sie umsetzen - würde das Land sozialer, ökologischer und gerechter werden. Aber sie tun es eben nicht!

Natürlich ist der Mindestlohn sozial gerecht, aber er wird nun von der Inflation aufgeessen!

Die SPD hat nun eine Bauministerin – das ist sicherlich ein Fortschritt zum vorherigen Bauminister - es ist bis heute ja weitgehend unbekannt dass das auch Horst Seehofers Aufgabe war. So und nun haben wir eine Bauministerin, aber im Koalitionsvertrag steht nichts dazu drin wie Wohnungen bezahlbar werden sollen. Eine Ministerin ohne Programm ist auch nicht viel besser als ein Minister, der nichts von seiner eigenen Aufgabe weiß!

Und selbst eine globale Pandemie bringt die Ampel nicht dazu etwas in unserem Gesundheitssystem zu ändern. Es werden weitere Krankenhäuser privatisiert, der Pfl egenotstand hält an und hat sich sogar noch drastisch verschlechtert durch die Pandemie durch noch mehr Stress und noch mehr Kündigungen. Patientinnen und Patienten können heute oft nicht ordentlich versorgt werden wie es möglich wäre. Und das ist in einem der reichsten Länder der Erde!

Noch etwas: Zur Rente schweigt sich die Ampel komplett aus. Dabei ist völlig klar, dass die Rentenfinanzierung in den nächsten paar Jahren ein massives Problem bekommen wird. Das sagen alle Rentenexpertinnen und -experten einhellig. Wenn die Ampel dieses Problem verschweigt, macht sie das bewusst und setzt das Auto sehenden Auges gegen den Baum.

Selbst beim Klimawandel soll es jetzt nur etwas mehr E-Autos und den Ausbau der Erneuerbaren geben - nachdem die deutsche Solar- und Windkraftindustrie von der Bundesregierung ruiniert wurde. Auch den nötigen Umbau der Wirtschaft geht diese Bundesregierung nicht an!

Von der Rente, den Löhnen bis zu Gesundheit und Klimawandel ist kein Geld da und dann zaubert Kanzler Scholz ohne Rücksprache mit seiner Partei ein 100-Milliardenpaket für Aufrüstung aus dem

Hut. Für alles, was wir in diesem Land brauchen, ist kein Geld da - für Kriege aber schon oder wir dürfen wir das verstehen?!

Damit bereitet uns die Ampel als Friedens- und sozialistische Gerechtigkeitspartei ja geradezu das Feld! Welche Steilvorlage brauchen wir dann noch?!

Wir müssen in die Gänge kommen, denn eine große gesellschaftliche Bewegung gegen die Ampel - gibt es NOCH nicht. Es wird harte Kärrnerarbeit in den nächsten Jahren ein glaubhafter Teil der gesellschaftlichen Opposition von links gegen die Ampel zu werden. Sie wird gebraucht. WIR werden gebraucht!

Dafür ist eine verbindende Klassenpolitik die Voraussetzung. Wer das aber will, muss die Interessen der arbeitenden Menschen in den Mittelpunkt stellen – ohne sie gegen andere auszuspielen. Auch unser sozialökologisches Profil müssen wir stärken. Da sind wir bis dato zu schwach – beides gehört zusammen! Zusammen! liebe Genossinnen und Genossen.

----- und nun zum Krieg -----

Wir können es als LINKE nicht oft genug sagen: Russlands Angriffskrieg ist ein Verbrechen. Da müssen wir ganz klar sein. Wir haben zwar in den letzten Jahren immer wieder gesagt, dass die bestehende Weltordnung unsicherer wird mit dem Aufstieg und Abstieg neuer und alter Weltmächte. Nur haben wir daraus als Partei zu wenig Schlussfolgerungen gezogen. Auch bei uns haben zu viele die Augen davor verschlossen, dass auch Russland ein imperialistischer Aggressor ist auch da müssen wir ganz klar sein. Offenbar geht auch von absteigenden Weltmächten ein besonders aggressiver Nationalismus aus.

Ich sage es in aller Deutlichkeit: ich bin froh, dass Putins Pläne wie die vieler anderer Eroberer gescheitert sind. Ich freue mich darüber, aber nicht leichtfertig wie so manche liberale Journalistinnen und Journalisten, die den Blutzoll der ukrainischen Bevölkerung, ihrer Soldatinnen und Soldaten und auch den, der von Russland in den Krieg gezwungenen Soldaten, leichtfertig übergehen. Mir kommen die Forderungen nach Waffenlieferungen viel zu leichtfertig, aber wenn sich die Ukraine verteidigen will, dann hat sie alles Recht dazu. Alles Recht. Auch das sage ich klar.

Als Partei erschüttert uns dieser Krieg in den Grundfesten - nicht weil wir gegen Krieg sind und schon immer waren, sondern weil dieser Krieg unser Programm und vor allem seine Verankerung in der Bevölkerung infrage stellt. Unser Programm atmet den Geist des Widerstands gegen den Irak- und Afghanistan-Krieg. Wir haben uns als Partei gegen die Kriege der NATO gestellt - und sollten es auch weiter tun. Nur ist dieser Krieg ein anderer in der Wahrnehmung der Bevölkerung: nun legt nicht mehr der Westen andere Länder in Schutt und Asche, sondern gefühlt, wird Europa angegriffen. Ich sage bewusst gefühlt, weil das genau das ist was viele Menschen in diesem Land fühlen und deswegen gibt es so eine überwältigende Solidarität mit der Ukraine. Und ja, die Gegnerschaft gegen Angriffskriege ist erstmal eine gute Reaktion. Was denn sonst? Die gewaltige Solidarität mit den ukrainischen Geflüchteten finde ich wunderbar, ich hätte sie mir nur für alle Geflüchteten gewünscht und wünsche mir das auch weiterhin. Aber das ist eine andere Sache.

Jedenfalls geht es für uns nicht mehr nur um die Verhinderung von Angriffskriegen des eigenen Machtblocks. Unser Programm atmet einen pazifistischen Geist. Meines Erachtens ist das zu wenig in dieser Situation. Ich finde schon, wir sollten von Landesverteidigung reden, aber auch nur von dieser - ganz so wie es die Gründerväter und -mütter im Grundgesetz ursprünglich vorgesehen hatten. Auch wenn das die Bundesregierung schon lange nicht mehr beachtet, müssen wir das hochhalten. Und da können wir ganz deutlich sein! Für diese Aufgabe braucht es keine 100 Milliarden Sondervermögen für die Bundeswehr! Wer sich nur verteidigen will, braucht keine starke Flotte, keine riesige

Luftwaffe und schon gar keine Interventionstruppen – auch das zeigt die Ukraine gegen eine der größten Landarmeen der Welt!

Unsere Kritik an der NATO bleibt richtig, nur müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass der russische Angriff der NATO so viel neue Legitimität verschafft hat wie noch nie seit 1990. Erstmals gibt es Mehrheiten für einen NATO-Beitritt in Finnland und Schweden und das hat einen ganz einfachen Grund: Putins Angriff auf die Ukraine. Die Bevölkerung will sich schützen, sie sieht in der NATO ein Verteidigungsbündnis. Wir wissen, dass sie das nicht ist. Das zeigen gerade in diesem Augenblick die Angriffe des NATO-Mitglieds Türkei auf die Kurdinnen und Kurden in Syrien und im Irak. Das verändert aber nichts an der geänderten Einstellung der Bevölkerung in vielen Ländern Europas zur NATO. Und ja natürlich, hat die NATO in Osteuropa mitgezündelt. Das Minsker Abkommen wurde von keiner Seite umgesetzt. Für den Angriff ist trotzdem nur Putin verantwortlich.

Ich will nur eines unmissverständlich deutlich machen: wir haben die moralischen Doppelstandards des Westens immer scharf kritisiert und das bleibt auch richtig, ABER wir dürfen auch keine Doppelstandards haben, nicht in Bezug auf Russland oder irgendein anderes Land - sonst machen wir uns unglaubwürdig!

Unsere Aufgabe als Partei ist heute klar wie nie: Wir kämpfen gegen Aufrüstung, die Dominanz rein militärischer Logik und für eine Entspannungspolitik - auch wenn es gerade niemand hören mag! Fast jeder Krieg endet am Verhandlungstisch. Verhandeln muss man nicht mit Freunden, verhandeln tut man mit Feinden. Unser Beharren darauf bleibt richtig!

Zur Kenntnis nehmen müssen wir aber, dass einige Ziele unseres Parteiprogramms in weite Ferne gerückt sind. Wir fordern darin ein kollektives Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands. Das war lange richtig und das hätte diesen Krieg verhindert. In den 90ern gab es die Chance Russland politisch nach Europa zu integrieren. Das ist aber nicht passiert.

Und wenn wir ehrlich sind, ist dieses Ziel seit den 2000er in immer weitere Ferne gerückt. Heute ist dieses kollektive Sicherheitssystem mit Russland in der Bevölkerung kaum noch vermittelbar. Als Fernziel bleibt die Forderung richtig, denn wie sollen Kriege denn in Zukunft sonst verhindert werden? Nur vorerst wird zwischen weiten Teilen Europas und Russland Eiszeit herrschen. Da müssen wir realistisch sein!

Zum Schluss und in aller Kürze ist es jetzt wichtig dreierlei zu tun:

1. Um den Druck auf Putin zu erhöhen – 1. gezielte Sanktionen auf den Weg zu bringen, die Putins Oligarchen treffen und 2. Sanktionen, die Russlands Fähigkeit Krieg zu führen, beeinträchtigen – das betrifft nach meinem Dafürhalten auch zivile Güter, die in der russischen Rüstungsproduktion vielfach verwendet werden.
2. Wir müssen Energieunabhängigkeit Deutschlands stärken und erst einmal die Abhängigkeit von russischem Öl und Gas reduzieren – auch um Druck zu machen. Eine Stärkung der Erneuerbaren Energien in den nächsten Jahren ist auch dafür wichtig – und nebenbei: sie reduziert auch das Bedürfnis die Transportwege für fossile Energieträger künftig militärisch über Interventionstruppen absichern zu müssen.
3. Wir müssen an heute und morgen denken. Die oberste Priorität hat jetzt ein Waffenstillstand. Das Töten muss sofort beendet werden! Dafür müssen wir ausdauernd für Verhandlungen werben und endlich wieder die Institutionen für Entspannung, Verständigung und Abrüstung stärken – von der UN bis zur KSZE und Rüstungskontrollverträgen.

All das werden wir aber auf unserem Bundesparteitag diskutieren und klären zu haben. Es ist möglich aus dieser Krise zu kommen. Lasst es uns angehen. Ich danke euch für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die Diskussion.